

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 21. November 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine. Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 21. November. Der Kaiser trat Sonnabend Abend um 6 1/2 Uhr von der Böhre die Rückreise nach Potsdam an. Bei der Ankunft in Wittenberge verabschiedete sich der Großfürst Wladimir von Rußland von Sr. Majestät und setzte von dort aus die Rückreise nach Paris fort, wofür er mit seiner Gemahlin wieder zusammenzutreffen gedenkt. — Mit dem Kaiser trafen auch der Prinz Heinrich von Preußen und der Großherzog von Hessen gestern Abend in Berlin ein und begaben sich zum Bahnhofs aus direkt nach dem Palais der Kaiserin Friedrich, wofür dieselben Wohnung nahmen, um heute der Geburtstagsfeier der hohen Frau beizuwohnen. — Gestern Vormittag begaben sich der Kaiser und die Kaiserin vom Neuen Palais aus kurz vor 10 Uhr nach der Friedenskirche, um dort dem Gottesdienste beizuwohnen. — Schon am Morgen hatten das Kaiserpaar und die Mitglieder der königlichen Familie drei prachtvolle Kränze im Mausoleum in der Friedenskirche, wie auch im Mausoleum in Charlottenburg niederlegen lassen. — Den übrigen Teil des Tages verbrachten die Majestäten alsdann in aller Stille in Zurückgezogenheit.

Die Freijünglinge lieben es, von der Reform, welche durch das neue Einkommensteuergesetz geschaffen ist, die Darstellung zu geben, daß die Jenigen mit geringeren Einkommen jetzt stärker belastet seien als früher. Nach am Freitag hat Herr Richter einen Versuch nach dieser Richtung im preussischen Abgeordnetenhause unternommen. Der Versuch wurde vom Finanzminister allerdings sofort durch den Hinweis darauf zurückgeschlagen, daß die Einkommensteuer in den Stufen von 900 bis 3000 Mark im Jahre 1892-93 an Prozenten auf den Kopf bei den einzelnen Stenographen 15,42 Mark ausgemacht habe, im Jahre 1891 bis 92 dagegen 16,22 Mark. Es ist damit ganz ungewiss, ob klarstellend, daß die Einkommensteuer pro Kopf sich vermindert hat. Nun weisen jedoch die Deutschfreijünglinge darauf hin, daß die Zahl der Jenigen in diesen Stufen sich insgesamt vermindert habe, daß also, da die Zahl der nachfolgenden gleichfalls zugenommen habe, aus den niedrigeren Stufen in die Jenigen emporgehoben seien und diese demnach höher besteuert würden. Das ist nun schon an und für sich nicht für alle diese Jenigen zutreffend. Denn da die Steuerfaktoren in den unteren Stufen gegenüber den früheren wesentlich ermäßigt sind, so kann sehr wohl dadurch ein Jenig in eine höhere Klasse gehoben worden sein, ohne daß er gegenwärtig mehr Einkommensteuer an den Staat zahlt als früher. Aber selbst bei den Jenigen, welche thatsächlich in Folge dieses Finanzsystems in höhere Stufen mehr an den Staat zahlen, müßte immer beobachtet werden, daß sie früher eben unrichtig Weise dem Staat die ihm zuzulegende Steuer nicht entrichtet haben und daß jetzt, wenn sie dieselbe zahlen, nur Gerechtigkeit geschieht ist. Wir befreiten uns in diesem, daß auch diese Jenigen in ihrer großen Mehrzahl durch die neue Einkommensteuer stärker belastet sind als früher. Die Zahlen, welche der „Neidungsseiger“ kürzlich über die Ergebnisse der Veranlagung im Jahre 1892-93 gebracht hat, haben zur Evidenz ergeben, daß die höheren Stufen in viel stärkerer Weise zur Einkommensteuer-Entrichtung herangezogen sind als früher. Mit Recht. Aber durch diese stärkere Heranziehung der leistungsfähigen Jenigen ist einer sehr großen Zahl von Gemeinden möglich gewesen, die Zuschläge, welche sie bisher zu der Einkommensteuer erhoben haben, wesentlich herabzusetzen und zwar so, daß die unteren Klassen beträchtlich weniger entrichten als früher. Selbst wenn demnach eine Anzahl von Jenigen in Folge der strengeren und gerechteren Veranlagung etwas mehr an Staatseinkommensteuer bezahlen sollten, so werden dieselben doch weniger Gemeindefunktionen zahlen, demnach mindestens nicht mehr Einkommensteuer als bisher entrichten.

Die Kleinrenten an Zinsen und gemeinshaftlichen Verbrauchssteuern hat in der Zeit vom 1. April bis zum Ende Oktober d. J. 366,2 Millionen oder 3,3 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Die Zölle haben zwar noch immer ein Mehr von 5,7 Millionen aufzuweisen und die Zundermaterialsteuer, von welcher noch Ausfuhrvergütungen abzuziehen sind, noch ein Mehr von 0,9 Millionen; bis auf die Brauksteuer mit einem Plus von noch nicht 0,2 Millionen weisen dagegen sämtliche übrigen Verbrauchssteuern ein Weniger auf. Bei der Braunkohlenverbrauchsabgabe beläuft sich dasselbe auf 7,7 Millionen, bei der Zunderverbrauchsabgabe 1,4 Millionen, bei der Tabaksteuer 0,6 Millionen, bei der Salzsteuer 0,2 Millionen und bei der Braunkohlenmaterialsteuer auf rund 10,000 Mark.

Die Neu-Guinea-Kompagnie hat bekanntlich mit dem 1. September 1892 wiederum die Verwaltung ihres Schutzgebietes selbst übernommen. Damit ist das Liebermanns, welches das Reich mit der Kompagnie getroffen hat, aufgehoben. Einen Ausdruck dürfte dieser Vorzug insofern im nächstjährigen Reichshaushaltetat finden, als der Beitrag von über 52,000 Mark, welchen die Kompagnie für die Verwaltung ihres Schutzgebietes dem Reiche zahlte, in den Einnahmen in Wegfall kommen und dem fortwährenden Ausgaben gestrichen werden müßte. Diejenige richterliche und Verwaltungsbefugnisse, welche dem kaiserlichen Kommissar für das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie zustanden, sind wieder auf den Landeskommissar, der neu ernannt worden ist, übergegangen. Jedoch hat die Reichsregierung es für notwendig befunden, in einem Teile des Schutzgebietes, das Bismarck-Archipel, mit Rücksicht darauf, daß dort neben der Kompagnie noch andere Firmen mit konkurrierenden Handels- und Geschäftszweigen thätig sind, einen Beamten des Reichs zu belassen, dem die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Archipel und die Wahrnehmung gewisser obergerichtlicher Funktionen obliegt. Damit würden die Reichsregierung und gewisse Zweige der Verwaltung vor dem Vorwurf der Voreingenommenheit geschützt werden. Ob jedoch diese Einrichtung von Dauer sein wird, wird von der Entwicklung der Verhältnisse abhängen.

Der Streit um den Staatssozialismus, der die sozialistische Welt den ganzen Sommer über in Atem hielt, ist wieder einmal wie das Hamburger Schießen verlaufen. Nachdem man

sich mit „Lügen“ und ähnlichen Artigkeiten regaliert, wie sie dem repräsentativen Sozialismus in Fülle zu Gebote stehen, hat der geborene und der erkorene Aristokrat sich zu einem Kompromiß vereinigt, und der Parteitag hat dazu seinen Segen gegeben. Einmütig ist eine von Vollmar und Liebknecht gemeinschaftlich eingebrachte Resolution angenommen worden, in der der Staatssozialismus für konfessionell und unvereinbar mit der revolutionären Sozialdemokratie erklärt wird. Eine kleine Komödie muß auf jedem Parteitage aufgeführt werden, aber wichtiger ist es wohl niemals erachtet worden, als in diesem Jahre. Aengstliche Leute haben Herren von Vollmar bereits die Wege Werners wandeln. Nun hat ein Kompromiß auf diesem Wege ein Ende gemacht, und die feindlichen Brüder können wieder mit feurigen Zungen die Botschaft von der einigen und ungetrennten Sozialdemokratie predigen. Bis zum Sommer wird der Friede ja wohl anhalten.

Die über das Befinden des Herzogs von Meiningen kursierenden beunruhigenden Gerüchte sind durchaus irrig, da der Gesundheitszustand des Herzogs in jüngster Zeit ein ganz guter ist. Die kürzlich erfolgte Verurteilung des Meiningen-Professors Dr. Fürbringer nach Meiningen, welche die irrigen Nachrichten über den Herzog veranlaßt haben dürfte, galt der schwer erkrankten Gemahlin des Herzogs, Freiin von Helldorf.

Wenn in der Presse von der Absicht der Aufhebung des Berufsconsulats in Ägypte die Rede gewesen ist, so handelt es sich, wie wir hören, nicht um eine Aufhebung, sondern nur um eine Verlegung desselben. Als das Consulat in Ägypte eingerichtet wurde, nahm man an, daß nach Fertigstellung der türkischen Bahnanlagen Ägypte als Knotenpunkt der den Westen mit den Balkanstaaten verbindenden Eisenbahnen seiner Lage nach dazu bestimmt sei, für das südliche Serbien und die Hinterländer der Hauptstadt Belgrad der Waaren zu werden. Diese Voraussetzung hat sich nicht in einer den Erwartungen entsprechenden Weise erfüllt. Vielmehr ist Belgrad nach wie vor das Handelszentrum des Landes geblieben. Das Consulat soll deshalb von Ägypte nach Belgrad verlegt werden.

Ueber das Verhältnis des Fürsten Bismarck zur baltischen Frage machen die „Hamb. Nachr.“ folgende thatsächliche Mitteilung: „Die baltische Frage ist zwischen dem deutschen und dem russischen leitenden Minister nur einmal schriftlich zur Sprache gekommen, indem Herr von Bismarck seine vertraulichen Privatbeziehungen zu seinem russischen Kollegen, die damals noch als Ergebnis seines Petersburger Aufenthalts ungetrübt bestanden, zur Anregung der Sache glaubte benutzen zu können; die eigenhändige Antwort Gortschakows war aber in dem Grade von Entfremdung über fremde Einmischung in innere russische Angelegenheiten gefärbt, daß man sich diesseits überzeugen mußte, den lebenden Deutschen in den russischen Provinzen durch Betonung landsmannschaftlicher Interessen nur zu schaden. Die Befürchtung, daß jede reichsdeutsche Einmischung Vorwände zur Verschärfung der Verfolgungen bieten würde, wurde von seinen baltischen Freunden, mit denen Fürst Bismarck jederzeit in Beziehung gelebt hat, seither stets aufs lebhafteste geteilt und der Fürst von diesen dringlich und wiederholt gebeten, ihre Lage nicht durch politische Einmischung zu verschlimmern und ihren Feinden in Rußland nicht neuen Stoff zu Verdächtigungen und Angriffen zu liefern.“

Hoch geschmackvoll droht die ultramontane „Pfälzische Zeitung“ bezw. der Abg. Zäger, falls man nicht den Kranken in der pfälzischen Irrenanstalt Klingenstein ultramontane Zeitungen zugänglich mache, so müßten konfessionelle Irrenhäuser geschaffen werden, damit auch in diesen Stätten des Wahns dem religiösen Fühlen und Denken genügend Rechnung getragen werde. Der Gedanke ist jedenfalls originell.

Posen, 19. November. Der Rittergutsbesitzer von Rossowki, Reichstags-Abgeordneter für den Wahlkreis Verant-Dirschau-Stargard, ist gestorben.

Altona, 19. November. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte heute zwei Lager anarchistischer Druckschriften. Die jetzt sind zehn Anarchisten verhaftet. Man vermutet, daß sie wegen Hochverrats werden angeklagt werden.

Bismarck, 19. November. In Folge der jüngsten Unruhen auf Samoa ist das deutsche auswärtige Amt, der „R. St.“ zufolge, mit den Rabinetten von London und Washington in Verbindung getreten zum Zweck der Beratung von Maßnahmen, welche der Wiederkehr derartiger Vorkommnisse vorbeugen sollen. Bei allen drei Rabinetten ist der Wunsch dauernder Berührung der Zustände auf den Samoa-Inseln übereinstimmend vorhanden; eine Erneuerung der Samoa-Konferenz erscheint jedoch nicht angezielt.

Karlsruhe, 19. November. Der Vorsitzende des Mannheimer national-liberalen Vereins Wassermann erklärte die Wiederherstellung des alten Kartells bei einer Reichstags-Auflösung für unmöglich und gleichbedeutend mit dem Untergang der national-liberalen Partei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. November. (W. T. B.) Abgeordnetenhause. Bei der heute fortgesetzten Generaldebatte über das Budget legte der Abgeordnete Dr. Kaiser namens der Zungegeigen gegen die in der gestrigen Sitzung vorgebrachte Verunglimpfung des böhmischen Staatsrechts Verwahrung ein und erklärte, die Zungegeigen würden mit patriotischer Loyalität unentwegt an demselben festhalten. Der Abgeordnete Graf Deym protestierte alsdann im Namen des konfessionellen böhmischen-mährischen Großgrundbesitzes sowie befreundeter Abgeordneter Böhmens und Mährens gegen das gestrige Vorgehen Wengers. Dasselbe habe eben verlegt, der für die Entwicklung und Festigung der österreichischen Monarchie gemäß ihrer historischen Entstehung eingetreten sei und auch weiterhin einzutreten gedenke. Die Vertheiligung des böhmischen Staatsrechts sei mit dem Bestreben, innerhalb der aus verschiedenen Völkergemeinschaften bestehenden Monarchie einen neuen selbstständigen mit der Einheit des Reiches unvereinbaren Staat zu schaffen, nicht als identisch zu behandeln. Die Kaisertrone und der Patriotismus seiner Partei unterliege keinem Zweifel. Nachdem hierauf Wajarsky die Erklärung abgegeben hatte, daß er keinen Haß gegen die Deut-

schen hege und Niemanden habe verletzen wollen, betonte Wengert, die Deutschnationalen würden das böhmische Staatsrecht niemals anerkennen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen. Der Abgeordnete Wengert erhielt alsdann das Wort zu einer Erwiderung auf die Äußerungen Wajarsky's, worauf die Generaldebatte geschlossen wurde.

Schweiz.

Bern, 20. November. (W. T. B.) Das Berner Volk beschloß heute mit etwa 27,000 gegen 17,000 Stimmen, die gänzlich veraltete Kantonsverfassung vom Jahre 1846 durch den großen Rath revidieren zu lassen.

Bern, 20. November. (W. T. B.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die erste Verhandlung des schweizerisch-österreichischen Staatsvertrages betreffend die Rheinregulierung beendet ist und daß die schweizerischen Delegierten nunmehr die Entscheidungen des Bundesrathes erwarten. Der Schluß der Konferenz wird voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen erfolgen.

Belgien.

Brüssel, 20. November. (W. T. B.) Als Präsident der am 22. d. M. zusammentretenden Münzkonferenz ist Monforte Kesi, als Vizepräsident der hiesige amerikanische Gesandte, Terrell, in Aussicht genommen. In der amerikanischen Gesandtschaft findet am Dienstag ein Empfang statt.

Brüssel, 20. November. (W. T. B.) Ein Telegramm der „Independance belge“ aus Mons berichtet, es seien heute in Ghlin zwei, und in Luesmes drei Cholerafälle vorgekommen, in letzterem drei seien außerdem eine Anzahl Personen an der Cholera erkrankt. Auch aus Zammes werden mehrere Cholerafälle gemeldet.

Brügge, 20. November. (W. T. B.) Heute wurden 7 Cholerafälle aus mehreren Häusern einer und derselben Straße gemeldet.

Frankreich.

Die Pariser Blätter enthalten eine Reihe von Mittheilungen, aus denen hervorgeht, mit welcher Eile die Expedition von Verklärungen nach Dahomeh erfolgt. Hierdurch wird in Uebereinstimmung mit unseren früheren Meldungen erwiesen, daß auch nach der Einnahme der nur wenige Kilometer von der Hauptstadt Abomeh entfernten Stadt Kana der glückliche Abschluß der ganzen Expedition keineswegs unmittelbar bevorsteht. Da nun aber der Transportdampfer „Thibet“ erst gegen den 15. Dezember in Kotonou eintreffen kann, aber die Regenzeit alle ernsthaften militärischen Operationen verhindern wird, läßt sich schwer absehen, wie General Dohds rasch zum Ziele kommen soll. Der Marineminister Bureau hat schon an den Hochkommandanten in Dahomeh eine Note gerichtet, in der er ihm die Bildung zweier neuer Kompanien Marineinfanterie mittheilt. Jede dieser beiden Kompanien besteht aus drei Offizieren und 150 Mann. Der Transportdampfer „Thibet“ wird die Einschiffung des Materials in Toulon heute, am 20. November, beendet haben und sich dann nach Philippine und Oron begeben, wo er neue Truppen aufnehmen wird. Nach Philippine wird auch von Viotra aus 40 Mann und 3 Offiziere des fünften bataillon d'Afrique geschickt werden, um nach Dahomeh eingeschifft zu werden. Die Art, wie die Verklärungsmissionen hier und dort bunt genug zusammengebracht worden, läßt gleichfalls auf die Eile schließen, mit der die Expeditionstruppen in Dahomeh „ergänzt“ werden.

Unserer beim Beginn der schwebenden Auseinandersetzung zwischen Herrn Loubet und der Deputiertenkammer geäußerte Ansicht, daß dem französischen Kabinett trotz seiner unzulänglichen inneren Schwäche noch eine längere Daseinsfrist beschaffen sein könne, hat durch die Geschehnisse der letzten Tage ihre Bestätigung gefunden. Wären die Gegner des Kabinetts wirklich so stark oder so entschlossen, als sie gern sein möchten, so hätte ihnen die Generaldebatte über den Preßgesetzentwurf mehr als einen brauchbaren Vorwand zur Ausübung ihrer ministerielleren Pläne gegeben. Aber nichts dergleichen geschah, vielmehr scheint das Kabinett gerade während jener ominösen Preßdebatte einen Theil der ihm verloren gegangenen Lebenskräfte zurückgewonnen zu haben. Wenigstens machte die Kammermehrheit keinerlei Miene, den Konflikt, der von einigen Jesuiten der Rechten und Linken herbeigeführt wurde, übers Anie zu brechen; das Kabinett konnte sogar den Erfolg verzeichnen, daß die von ihm gestellte Vertrauensfrage seitens der Kammermehrheit in einer ihm günstigen Weise ihre Vertheiligung fand. Gleichwohl steht noch sehr viel, wenn nicht Alles, um der politischen Situation Frankreichs den Charakter der Normalität und Berechenbarkeit zu verleihen, und das rührt daher, weil eigentlich Niemand vorhanden ist, der den Muth seiner Meinung hätte. Das Land verlangt Männer und Maßregeln; in der Regierung sind kaum schattenhafte Andeutungen beider erforderlich vorhanden, und die Kammer, in parlamentarisch regierten Ländern die einzige Verhängnisquelle für einwillig gewordene Ministerien, leidet an denselben persönlichen wie sachlichen Mängeln, welche einige ihrer naiveren Mitglieder dem Kabinett zum Vorwurf machen, ohne gewahr zu werden, daß sie mit derartigen Angriffen sich selbst bezw. dem Prestige der Kammer, mindestens ebenso nahe treten, als ihrem direkten Angriffsobjekt. Das Ministerium Loubet macht unter den obwaltenden Umständen seine Sache nicht besser und nicht schlechter als irgend eine Ministerkombination es vermögen würde, welche gleich ihm unter dem Banner einer Mehrheit steht, die nur durch den Zufall oder durch von Außen herantretende Impulse zusammengehalten und zu einer unsicheren, zögernden Vertheiligung von Lebensregungen gedrängt wird, während der eigentliche Mittelpunkt des öffentlichen Lebens der Republik aus den verfassungsmäßigen Organen längs herausgeschliffen und bei den nouvelles couches sociales angelangt ist. Diese letzteren, einstweilen noch hinter den Konflikt stehend, sind jetzt die wahren Herren Frankreichs und höchstens noch darüber unschlüssig, mit welcher Sance sie das Gericht verpassen werden, welches sie sich eben jetzt von den ministeriellen und parlamentarischen Rädern anrichten lassen. Etwas Ähnliches sagen sich wohl auch die einstweilen noch am Staatsruder geduldeten Kreise, wenigstens geht durch das gesammte Treiben der classes dirigeantes unverkennbar ein Zug dumpfen, fatalistischen Gleichmuths, der zu verblenden scheint, das Ende

der jetzigen Entwicklungssära des Staates stehe bevor; ob es unter der Devise Loubet oder einer anderen eintritt, kommt im Grunde auf dasselbe hinaus. Selbst wenn also die schwebenden Differenzen dem Kabinett Loubet den Tod bringen sollten, so dürften dessen lachende Erben doch ganz andere Leute sein, als die, welche sich zunächst auf die leer gewordenen ministeriellen Fontänen niederzulassen gedenken.

Paris, 20. November. (W. T. B.) Die Journale aller Parteien konstatiren, daß von der Kammer angenommene Preßgesetz unterscheidet sich in Folge der während der Beratung hinzugefügten Amendements in nichts von dem früheren. Während ferner die gemäßigten republikanischen Organe dasselbe in seiner gegenwärtigen Gestalt für vollständig wirkungslos halten, erklären die oppositionellen, das Kabinett habe eine moralische Niederlage erlitten. Die Vespersion der Panamafanal-Angelegenheit wird in den Blättern lebhaft fortgesetzt. Unter anderem wird der von der Anklage mitbetroffene Baron Reinach, welcher mit der publizistischen Langzunge des Unternehmers betraut war, von mehreren Seiten beschuldigt, einzelne Journaleiter und Parlamentarier bestochen zu haben. Das Journal „Libre Parole“ behauptet sogar, auch Freyinet hätte von der Panama-Gesellschaft 200,000 Franks erhalten.

Paris, 20. November. (W. T. B.) Der Kriegsminister Freyinet läßt in den Abendblättern die Behauptung des Journal „Libre Parole“, er habe von der Panama-Gesellschaft 200,000 Franks erhalten, auf das entschiedenste benentznen.

Das Journal „Sour“ meldet, der flüchtige Urheber der Explosion in der Rue des Bons Enfants sei der Anarchist Loubet, der in Begleitung einer mitthubigen Frauensperson sich auf einem transatlantischen Dampfer eingeschifft habe, dessen Bestimmungsort die Polizei aber kenne.

Paris, 20. November. (W. T. B.) Der Baron Jacques de Reinach, dessen Tod gemeldet wurde, ist derselbe, der wegen der Panama-Angelegenheit mit vor den Appellhof geladen war. Sein Tod soll in Folge eines Gehirnschlages eingetreten sein.

Paris, 20. November. (W. T. B.) Ferdinand und Charles von Lesseps, Baron Cottu, Fontane, Eiffel und Baron Reinach sind auf den 24. d. M. vor den Appellationsgerichtshof geladen worden.

Die Blätter setzen voraus, daß die Verhandlung der Interpellation in der Panama-Angelegenheit sehr lebhaft werden könnte wegen der persönlichen Zwischenfälle, die sich ereignen könnten. Mehrere Blätter glauben, die Verhandlung werde mit der Ernennung einer Untersuchungskommission endigen.

Italien.

Parlermo, 20. November. (W. T. B.) Heute Abend fand hier zu Ehren des vormaligen Ministerpräsidenten Crispi eine Bankett statt, wobei Crispi in ausführlicher Rede seine Thätigkeit als Ministerpräsident besprach. Crispi griff die Rechte des Königs und betonte die Nothwendigkeit einer Rekonstruktion der Parteien. Zwischen den Anhängern der Linken und deren Gegnern, den Mitgliedern der Rechten, bestände eine weitgehende Spaltung. Die Monarchie unterscheide sich von der Republik nur dadurch, daß erstere ein ständiges, die letztere ein aus einer Wahl hervorgehobenes Oberhaupt besitze. In dieser Uebe halte er mehr denn je fest, weil sich an der Grenze Italiens die französische Republik gebildet habe. Crispi schloß daran warme Lobspüche auf die französische Republik, indem er hinzufügte, daß diese Lobspüche aus seinem Munde nicht als Schmeicheleien erscheinen würden. Reiner erklärte, er wünsche und erkläre, auf einer Reform des staatlichen Kirchenrechts bestehen zu müssen. Bei Vespersion der auswärtigen Politik bemerkte Crispi, Italien habe sich im Jahre 1882 den beiden Kaiserreichen beifolgt gemeinsamer Vertheiligung angeschlossen. Es sei das Prinzip eines Bündnisses der kontinentalen Staaten, nach welchem Italien strebe, die Vereinigung der Waffen sollte jedoch von jener der wirtschaftlichen Interessen begleitet sein. Den letzteren sei durch die abgeschlossenen Handelsverträge nur schlecht entsprochen worden. Er spreche gegen das Ministerium, das die Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland erneuert habe, keinen Tadel aus, er mißbillige nur die überhastete Art und Weise, er warte in der Erneuerung der Verträge nur auf anderen Grundlagen und unter anderen Bedingungen gewilligt haben. Italien sei diejenige der drei verbündeten Mächte, die am meisten von der Tripelallianz leide. Crispi besprach sodann den erbitterten wirtschaftlichen Krieg, den Frankreich gegen Italien seit 11 Jahren aus politischen Gründen führe und in der Ueberzeugung, daß Italien ermüdet und dann über dasselbe triumphieren zu können. Das Ministerium hätte bei der Erneuerung des Dreibundes von dem Gedanken durchdrungen sein sollen, daß es unmöglich sei, die wirtschaftlichen Fragen von der Politik zu trennen. Crispi schloß mit der Versicherung, daß ihn Enttäuschungen nicht entmuthigten, daß er vielmehr die Zukunft des Vaterlandes noch in rothen Farben sehe. Er appellire vertrauensvoll an die jüngere Generation, damit dieselbe sich einen Führer wähle, der sie zur Errettung eines freien, großen und geachteten Italiens zu leiten und die volksthümliche, durch die Einheit des Landes gewährleistete Monarchie unerschütterlich zu gestalten im Stande sei.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 20. November. (W. T. B.) Eine Versammlung hiesiger Geschäftsinhaber beschloß ihre Kassen auf 24 Stunden zu schließen, sobald das englische Geschwader in den Hafen einläuft. Man beabsichtigt durch diese Demonstration zu zeigen, daß der portugiesische Handelsstand das englische Memorandum vom 11. Januar 1890 betreffend die portugiesischen Okkupationen in Afrika nicht vergessen habe.

Großbritannien und Irland.

London, 20. November. (W. T. B.) Die „Reuter'sche Bureau“ aus Zanzibar meldet, beabsichtigt die dortige Regierung vom 1. Februar kommenden Jahres an einen Einfuhrzoll auf Wein, Opium und Tabak zu erheben. Die Regierung sei hierzu durch das Vorgehen des französischen Konsulats genöthigt, welcher auf dem Verkauf

aller alkoholischen Rikore, ohne alle Einschränkung bestiehe.

Bulgarien.

Philippopol, 19. November. (W. T. B.) An dem heutigen Jahrestage der Schlacht von Slivniza fand ein feierliches Requiem für die in der Schlacht gefallenen Soldaten statt, welchem Prinz Ferdinand und die Prinzessin Klementine beizuwohnten. Der Prinz und die Prinzessin reisten nachmittags nach Sofia ab.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. November. Aus Anlaß des Geburtstages der Kaiserin Friedrich haben heute die öffentlichen Gebäude geflaggt.

Bei der heutigen Stichaahl in der 3. Abteilung 1. Wahlbezirks (Kastabie) wurde, wie vorausgesehen, Herr Rentier, fr. Restaurateur Karl Krause zum Stadtverordneten gewählt. Derselbe erhielt 234 Stimmen, während der Kandidat der Sozialdemokraten, Herr Fritz Verbert, nur 105 Stimmen erhielt.

Aus Anlaß des gefrigen Todtenfestes waren gestern sämtliche Kirchen dicht gefüllt und nach Schluß des Gottesdienstes begann schon eine Wanderung nach den verschiedenen Friedhöfen, wo den Dahingefahrenen von den Angehörigen Blumen und Kränze als Zeichen der Liebe und Erinnerung auf die Gräber niedergelegt wurden. Dabei sah man oft prächtige Blumen-Arrangements, denn auch hierin begnügt sich mehr und mehr ein übertriebener Luxus bemerkbar zu machen. Am Nachmittag war der Abrang zu den Kirchhöfen, besonders zu dem städtischen Kirchhof in Remis, ein ganz erheblicher. — Auch die am Abend in der Jakob- und der Johanniskirche veranstalteten geistlichen Konzerte waren sehr gut besucht.

Am Sonntag Morgen ein Schußmann des 1. Reiers auf dem Wege nach Hause die Längsbrücke überquerte, traten ihm 3 Männer entgegen, deren einer ihm einen Schlag über den Kopf versetzte, so daß der Schußmann bewußtlos zu Boden stürzte. Als er wieder zu sich kam, befand er sich in der Obhut eines Schiffers, welcher ihn aus der Ober gezogen hatte.

In einem Hause der Falkenwalderstraße wurde gestern spät Abends der Arbeiter W. Ulfmann, welcher sich datselbst hatte einschließen lassen, verhaftet.

Auf der Eisenbahnbrücke am Bahnhof wurde in der letzten Nacht ein Matrose, Namens Claasen oder Claussen, vom Schiff „Minerva“ mit schweren Verletzungen und fast bewußtlos aufgefunden und ins alte Krankenhaus überführt. Vermuthlich ist derselbe von einer Rangirmaschine überfahren worden. Wie er auf die Eisenbahnbrücke gekommen, ist nicht aufgeklärt. Eine Vernehmung konnte nicht stattfinden, da der Verletzte der deutschen Sprache nicht mächtig, außerdem aber auch durch die starken Winterkälte vollständig erschöpft war.

Wie sehr mit dem am 1. Oktober 1891 in Kraft getretenen Gebrauchsmuster-Gesetz ein vorhandener Bedürfnis entsprochen ist, beweist wohl am besten der Umstand, daß im Patentamt an Gebühren für Gebrauchsmuster in einem Jahre etwa 130,000 Mk. vereinnahmt sind. Dabei haben die Patentgebühren nicht nur keinen Rückgang, sondern gleichfalls eine Erhöhung erfahren.

Für die nächstjährige Deeres-Ernte-Aushebung wird denjenigen jungen Männern, welche in dem Zeitraum vom 1. Januar 1873 bis zum 31. Dezember 1873 geboren sind und sich hieselbst aufhalten, in Erinnerung gebracht, daß soweit dieselben mit Taufscheinen oder sonstigen Beweismitteln über die Zeit und den Ort ihrer Geburt noch nicht versehen sind, sie sich zur Abwendung sonst unausbeheblicher Nachtheile dergleichen Bescheinigungen nunmehr zu beschaffen haben. Die für diesen Zweck aus den Kirchenbüchern zu entnehmenden Bescheinigungen werden kostenfrei ausgestellt. Der Zeitpunkt zur Anmeldung behufs Aufstellung der Rekrutierungs-Stammrolle wird in der ersten Hälfte des Monats Januar t. J. bekannt gemacht werden.

Mit dem gestrigen Tage ist bei dem zeitweiligen Stande der Choleraepidemie der Dienst auf den folgenden Kontrollstationen bis auf weiteres eingestellt worden: 1. Ober-Kontrollstation III in Kurlitz, 2. Reine-Kontrollstation I in Wolgast, 3. Reine-Kontrollstation II in Anklam, 4. Reine-Kontrollstation III in Demmin.

Bei der allgemeinen Viehzählung, die auf Beschluß des Bundesraths am 1. Dezember d. J. im deutschen Reich stattfand, werden voraussichtlich die Ortsbehörden vielfach an Volksschullehrer auf dem Lande das Ergehen richten, sich bei der Ausführung des Zählgeschäfts in der einen oder anderen Weise zu betheiligen. Soweit die Lehrer dabei mitwirken wollen, hat der Unterrichts-Minister genehmigt, daß der ihnen obliegende Unterricht an dem Tage ausfällt.

Am Sonntag Morgen gegen 4 Uhr wurde die Feuerweh nach der Kaschke gerufen, wofür auf dem Holz- und Kohlenlager der Firma James Steffenlof Breslaustr. 1, ein Brand ausgebrochen war. Bei dem Eintreffen der Feuerweh brannten bedeutende Kohlevorräthe in einem Schuppen und die Flamme schlug bereits zudem Dache des Schuppens heraus. Die Vertheiligung des Brandes wurde sofort durch die Dampfspritze und zwei Dampfhydranten begonnen und zwar arbeitete die Dampfspritze mit zwei Schläuchen, es gelang auch das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, da aber die Kohlevorräthe im Inneren in großem Umfange in Brand gerathen waren, bedurfte es doch einer dreistündigen angestrengten Thätigkeit der Feuerweh, ehe die Gefahr vollständig beseitigt war. Die Dampfspritze ist bei dieser Gelegenheit zum ersten Male benutzt worden und hat sich vorzüglich bewährt; durch die großen Wassermengen, welche aus derselben über das verheerende Element ergossen wurden, war es allein möglich, eine Weiterverbreitung des Feuer zu verhindern.

Wie in den Vorjahren findet auch in diesem Winter ein Füllas von Vorträgen zu Gunsten der Stettiner Stadtmission in der Aula des Marienstifts-Gymnasiums statt. Vorträge haben freundlichst übernommen:

1. Herr Generalleutnant Graf v. Kanitz-Schnuggerow: „Erlebtes aus dem Jahre 1848.“

10